

Bettina Hornhues MdB

Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
 Stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
 Stellv. Mitglied im Ausschuss für Digitale Agenda

Zwischen Bremen und Berlin

Juli 2016

*Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Freunde,*

die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause liegt hinter uns und somit eine sehr arbeitsintensive Zeit. In den letzten Wochen haben wir viele wichtige Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht bzw. verabschiedet: sei es das Integrationsgesetz, die Änderungen im Sexualstrafrecht („Nein heißt Nein“), das Prostituiertenschutzgesetz oder auch in 1. Lesung die Novellierung des Mutterschutzgesetzes, wofür ich die Berichterstatterin in unserer Fraktion bin. Das ursprüngliche Gesetz stammt von 1952, weshalb eine Gesetzesreform, mit der der Mutterschutz modernisiert und flexibilisiert wird, dringend notwendig ist. Wir passen den Mutterschutz an die heutige Arbeitswelt an und setzen dabei die Bedürfnisse der schwangeren Frauen und die des ungeborenen Kindes in den Vordergrund. Für mich ist es besonders spannend, ein Gesetz von Anfang an verantwortungsvoll zu begleiten und zu gestalten. Nach der ersten Lesung geht es nun darum, Kritikpunkte am Entwurf genau anzuschauen und Verbesserungen auszuarbeiten. Nach der Sommerpause werden wir daher noch eine Anhörung mit Experten durchführen und das Gesetz dann voraussichtlich im Herbst mit der 2./3. Lesung verabschieden. Es gibt also nach wie vor viel zu tun in Berlin!



Herzliche Grüße,

Ihre

Bettina Hornhues

Berlin aktuell

Verbotsgesetz des unkonventionellen Frackings beschlossen

In der vorletzten Sitzungswoche haben wir den geänderten Gesetzesentwurf hinsichtlich der Nutzung von Fracking-Technologie verabschiedet. Ich habe dem Entwurf zugestimmt, denn er schafft einen notwendigen Rechts-



rahmen und ist zugleich ein **Verbotsgesetz** für das unkonventionelle Fracking. Die neuen strengen Regelungen wurden von einer Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unter der Leitung meines Kollegen Andreas Mattfeldt, eingebracht und erarbeitet. Das neue Gesetz und somit das Verbot des unkonventionellen Frackings trägt die klare Handschrift der Union. Im Kern beinhaltet das Gesetz folgende zentrale Punkte:

- Unkonventionelles Fracking ist in Deutschland verboten. Zur Aufhebung des Verbots wäre ein Beschluss des Deutschen Bundestages nötig, der sich 2021 wieder mit dem Thema befasst.
- Möglich sind lediglich maximal vier wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen, die unter strengsten Umwelanforderungen erfolgen und von den jeweiligen Ländern genehmigt werden müssen. Wo, wann und ob Erprobungsmaßnahmen überhaupt stattfinden, ist derzeit offen.
- Beim seit vielen Jahrzehnten in Deutschland angewandten konventionellen Fracking in tiefen geologischen Formationen wird der Rechtsrahmen erheblich verschärft. In einer Vielzahl von Gebieten ist Fracking künftig vollständig ausgeschlossen. Zu diesen Gebieten gehören unter anderem Naturschutzgebiete, Seen und Talspeeren zur Trinkwassergewinnung sowie Wasserschutzgebiete.

Diese Punkte zeigen ganz deutlich, dass wir mit diesem Gesetz einen Rechtsrahmen geschaffen haben, der dem Schutz von Trinkwasser und Gesundheit den absoluten Vorrang einräumt.

Integrationsgesetz verabschiedet

Ebenfalls in 2./3. Lesung stellten wir klar, wie anerkannte Asylbewerber und Menschen mit guter Bleibeperspektive in der Integration gefördert und gefordert werden sollen. Wir wollen

Flüchtlingen etwa den Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erleichtern. Förderangebote und Pflichten werden genau definiert und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen eindeutig geregelt. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Leistungskürzungen rechnen, wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Zugleich sollen die Asylverfahren weiter beschleunigt werden. Mit der Regelung einer befristeten Wohnortzuweisung versetzen wir Länder und Kommunen in die Lage, die Konzentration von Schutzberechtigten in Ballungsräumen zu verhindern und positiv auf die Integration in der Fläche einwirken zu können. Sie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Ein klares Nein zum neuen EEG-Gesetz

Vor der Sommerpause haben wir zudem über die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) abgestimmt. Auch wenn dieses Gesetz mit großer Mehrheit angenommen wurde, haben meine Bremer Kollegin, Elisabeth Motschmann MdB, und ich mit „Nein“ gestimmt. Diese Entscheidung ist nicht gegen den Kurs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sondern eine Entscheidung für Bremen und Bremerhaven. Denn das EEG-Gesetz in dieser Form belastet den ganzen Nordwesten: es ist eine Katastrophe für diese strukturschwache Region. Es ist zu erwarten, dass durch die Novelle des EEG viele Arbeitsplätze akut gefährdet werden. Die Wertschöpfungskette im Norden wird negativ getroffen. Das Gesetz ist vor allem nicht ausgewogen. Es benachteiligt insbesondere die Region in und um Bremerhaven. Völlig unverständlich ist daher für mich, dass Uwe Beckmeyer (SPD) als zuständiger Staatssekretär im federführenden Wirtschaftsministerium sich hier nicht für seinen eigenen Wahlkreis stark gemacht hat. Er hat sich seiner Verantwortung entzogen, da er bei der Abstimmung nicht mitgestimmt hat.



Mit dem neuen EEG-Gesetz werden die Ausbauziele für Offshore-Windanlagen in der Nordsee überproportional gekürzt. Dadurch entsteht ein „Fadenriss“, der die Windkraftindustrie gefährdet und die technologische Weiterentwicklung bremst.

Weitere Infos dazu finden Sie auch auf meiner Homepage!

Aus dem Wahlkreis

Team Hornhues unterwegs im Wahlkreis

Dieses Jahr haben sich mal wieder alle meine Büros zusammengefunden, um sich über verschiedene Themen auszutauschen und natürlich auch, um meinen wunderschönen Wahlkreis zu erkunden. Neben einer Hafenrundfahrt in Bremerhaven, stand auch eine Tour durch das Bremer Geschichtenhaus im Schnoor-Viertel an (leider gibt es kein Bild mit allen Teammitgliedern, hier fehlen Yasmina Sbai und René Mittelstädt).



(Bild v.l.: Gisela Bömack, Marina Kargoscha, Ulrike Baltrusch-Rampf, Bettina Hornhues, Kreske Gundlach, Beate Wroblewski und Maren Öttjes)

Terminankündigung Sommertour 2016

Meine diesjährige Sommertour widmet sich dem Thema „Armut im Land Bremen“. Nirgendwo sind so viele Menschen und vor allem Kinder von Armut betroffen wie in Bremen. Knapp ein Viertel der Bevölkerung im Land Bremen lebt in Armut.

Im August bin ich daher in meinem Wahlkreis unterwegs, um mir vor Ort einen Eindruck von der Armutssituation in Bremen und Bremerhaven zu verschaffen. Was sind die größten Probleme der Betroffenen vor Ort? Wie können kommunale, Bundes- und Landespolitik helfen? Was funktioniert gut, was muss besser werden? Diesen und anderen Fragen werde ich im Gespräch unter anderem mit der Bremer Tafel, der Deutschen Rentenversicherung, der AWO sowie anderen sozialen Einrichtungen, Unternehmen, Schulen und Kindergärten nachgehen.

Über die einzelnen Termine werde ich Sie natürlich auf meiner Homepage und auf Facebook auf dem Laufenden halten.

Büro in Berlin
Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 - 227 79 303
Fax: 030 - 227 76 305

E-Mails richten Sie bitte an:
bettina.hornhues@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bremen

Georg Gleistein-Str. 51
28757 Bremen

Tel: 0421 - 66 59 58 40
Fax: 0421 - 66 59 58 41

Wahlkreisbüro Bremerhaven

Bismarckstr. 2
27570 Bremerhaven

Tel: 0471 - 95 21 67 40
Fax: 0471 - 95 21 67 41

www.facebook.com/hornhues
www.bettinahornhues.de